

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

53. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 21. Januar 1915

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergnügungsinserate ufm. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 8

### Bekanntmachung.

Um einen Überblick über die Arbeitsverhältnisse, wie sie sich während der ersten sechs Kriegsmo-nate gestaltet haben, zu gewinnen, ersuchen wir die verehrlichen Vorstände, nachfolgende Fragen beantworten zu wollen:

1. Wieviel Mitglieder sind bis 30. Januar 1915 zum Kriegsdienst einberufen?  
Davon verheiratet?
2. Wieviel sind in andern Berufen tätig?
3. Gänzlich arbeitslos waren am 30. Januar 1915?
4. Verkürzt arbeiteten am 30. Januar 1915:
  - a) weniger als 3 Tage?
  - b) mehr als 3 Tage?
  - c) 3 Tage oder 6 halbe Tage in der Woche?
  - d) fest in wochenweise aus?
5. Von der unter Ziffer 3 genannten Zahl erhalten Unterstützung aus der Verbandskasse?
6. Von der unter Ziffer 4a) bis d) genannten Zahl erhalten Unterstützung aus der Verbandskasse?
7. Die Ausgabe an Arbeitslosenunterstützung aus der Verbandskasse befrug von Montag, den 3. August 1914, bis inkl. Sonnabend, den 30. Januar 1915?
8. In der Woche vom 24. bis 30. Januar 1915 wurde an Arbeitslosenunterstützung aus der Verbandskasse gezahlt?
9. Die Ausgabe für alle Unterstützungs-zweige des Verbandes befrug für die Zeit vom 3. August 1914 bis 30. Januar 1915?
10. Wird an die Familien der Kriegsteilnehmer Unterstützung gezahlt:
  - a) aus Saumitteln?
  - b) aus örtlichen Mitteln?Wieviel bis 30. Januar 1915?

Wir bitten dringend, vorstehende Fragen sorgfältig zu beantworten und das Resultat möglichst umgehend dem zuständigen Gauvorstand zur Weiterbeförderung an den Unterzeichner übermitteln zu wollen. Das Resultat dieser Statistik wird auch seitens der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Verwendung finden.

Berlin. Der Verbandsvorstand.

### Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes betreffend eine weitere Kriegskassili.

**Wochenschau:** Ereignisvolle Tage; Jenurmahnungen und Versammlungseinschränkungen; Ein internationales Abverständnis; Eine kritische Abfuhr gewisser parteigenösslicher Autoren; Der Führer der Konterrevolution über die künftigen inneren Verhältnisse Deutschlands; Disziplinedisziplin; Eine neue Verbandsstatistik; Die Unterstützung für Arbeitslose während der vier ersten Kriegsmo-nate; Ein Appell zur kritischen Werbearbeit für Erlangung von Druckaufträgen; Der Beschäftigungsgrad im Buchdruckgewerbe; Eine Provo-kation einer laienfreien Firma; Wie sich der tariffreie Prinzipal Rasse in Soest aus Kriegs- und Gehilfennot helfen wollte.

**Kritik:** Die Arbeitslosigkeit (III). Die Unterstützung der Arbeitslosen, Schlus.

**Korrespondenzen:** Berlin (M.-S.). — Bremen. — Erfurt (S.). — Ludwigshafen a. Rh. — Waldenburg i. Schl.

**Handeln:** Von Buchdruckern im Kriege. — Schiffsenauslösung. — Zeitungsstatistik der deutschen Reichspost. — Kleingartenbau und Krieg. — Ursachen der Steigerung der Fleischpreise. — Grundröße für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen. — In- und ausländische Staatsschulden.

### Wochenschau

Ereignisvolle Tage waren es, die die 24. Kriegswoche ausmachten. Gegen die französische Front wurden sowohl in den Argonnen wie bei Soissons von unsern Truppen trotz der durch fortwährende Regenströme denkbar schlechtesten Bodenverhältnisse äußerst heftige Vorstöße ausgeführt und damit die Joffresche Offensive vollständig abgefaßt. Bei den Kämpfen in den Argonnen wurde von uns die Abwehrstraße erreicht. Die Franzosen verloren hierbei 3500 Mann an Gefangenen, Toten und Verwundeten. Die mehrtägige Schlacht bei dem nur 60 km von Paris gelegenen Soissons hatte größere Bedeutung. Ein Schützengraben nach dem andern wurde gestürmt, das ganze Wisnetal unter unser Artilleriefeuer genommen und den Franzosen ein Verlust von 5000 Gefangenen, ebensoviel Verwundeten und Toten sowie von 35 Geschützen beigebracht. In Paris herrscht darüber nicht geringe Bestürzung. Seit dem am 17. Dezember aufgefundenen Armeebefehl Joffres zur Offensive haben, auf dem westlichen Kriegsschauplatz die Verbündeten 150 000 Mann Verlust gehabt, darunter 26 000 allein von den Deutschen gezählte Tote und 17 860 Mann Gefangene, die übrigen werden als verwundet gerechnet. Auf unserer Seite wird der Verlust auf den vierten Teil hiervon geschätzt. Es sind ebenso opferreiche wie schwierige Kämpfe gewesen, aber der Erfolg ist unbestreitbar auf unserer Seite.

Unsere Heeresleistung im Osten hat eine Darstellung der Kämpfe seit Mitte September veröffentlicht. Wer diese Leistungen der Sibirischen Armee gegen die große Übermacht der Russen liest, muß, im besondern noch angesichts der traurigen Bewegungsverhältnisse und der sonstigen Unwirksamkeit dieses weiten Operationsgebietes, ehrlich erkennen, was die deutschen und österreichisch-ungarischen Kontingente da gemeinsam vollbracht haben. Die russische Heeresfülle wird auf 45 Armeekorps mit zahlreichen Reservedivisionen geschätzt. Inzwischen ist die Einschließung von Warschau immer dichter geworden, 1600 Russen konnten vor dieser heiß umkämpften Stadt schon gefangen genommen werden. Im Przemysl wurde zwischen Österreichern und Russen heftig gekämpft, wobei die letzteren im Nachteil blieben.

Die Engländer haben 16 deutsche Flugzeuge über der Themse in der Richtung nach London sehen müssen. Es ist zwar zu keinem Bombardement gekommen, aber unsere Flieger konnten sich auch ohne Verlust wieder entfernen. Bei dem Vorstoß auf Kurland zu Weihnachten haben dagegen die Engländer von neun beteiligten Flugzeugen sieben verloren. Außerdem sind ein oder mehrere deutsche Unterseeboote vor Dover erloschen, trotz Beschießung ebenfalls ohne Verluste. In England rechnet man nun seit mit einem gleichwie gearteten Angriff der Deutschen. Zwischen den Vereinigten Staaten und England spitzt sich die Situation zu, weil die amerikanische Note wegen der von England beliebten Handhabung des Seebücherechtes absolut ungenügend beantwortet worden ist.

Die Türkei hat den von den Russen behaupteten großen Erfolg bei Merbeidschan für falsch erklären lassen. Die Russen hätten nur einen Zug von Verwundeten angegriffen, unter dem sich auch ein schwer verletzter türkischer Brigadekommandeur befunden habe. In Persien sind die Russen verlustreich geschlagen worden. Vor den Dardanellen konnte ein französisches Unterseeboot von den Türken vernichtet werden. Die Dardanellen selbst sind jetzt völlig vor dem Eindringen feindlicher Schiffe gesichert worden.

Aber die Schlacht von Tanga (Deutsch-Ostafrika) im November ist nun festgestellt, daß 2000 Deutsche gegen 8000 Engländer gekämpft und diese mit 3000 Mann Verlust geschlagen haben. In Kamerun haben ebenfalls für die Engländer ungünstig verlaufene Kämpfe stattgefunden.

Über Zensurmahnungen und Versammlungseinschränkungen ist in der letzten Zeit mancherlei zu lesen gewesen.

Vom Generalkommando in Magdeburg ist „Der praktische Landwirt“ in Halle a. S. während der Kriegsdauer verboten worden. Hier führte das mit dem Verlage verbundene Versicherungsgeschäft zu dieser Maßnahme. Das Generalkommando in Kassel hat dem „Gothaer Volksblatt“ bis auf weiteres das Erscheinen untersagt. Diese Militärbehörde gibt im „Kasseler Volksblatt“ eine Aufklärung darüber. Danach hat das Gothaer sozialdemokratische Organ schon zu wiederholten Beantstandungen und ersten Verwarungen Anlaß gegeben, es sei überhaupt von Anfang des Krieges an eine besondere Stellung von diesem Blatt angenommen worden. Auch die Haltung der sozialdemokratischen Partei wurde scharf von ihm angegriffen. Das „Gothaer Volksblatt“ sei dann unter Zensur gestellt worden, was mit heftigen Protesten beantwortet wurde. Nachdem es noch zwei scharfe Artikel gebracht, ohne sie zuvor der Zensur vorzulegen, sei dieses Blatt bis auf weiteres verboten worden. Das Verbot der „Weimarer Volkszeitung“ wurde von dem gleichen Kommando von sieben auf drei Tage herabgesetzt, da nachgewiesen werden konnte, daß der beauftragte Artikel nicht von der eignen Redaktion herrührte. Dann sind in Bayern je eine Nummer der „Münchener Abendzeitung“ und der „Münchener Zeitung“ sowie zwei der „Bayrischen Zeitung“ wegen eines Aufsatzes von dem bekannten Bauernbündler Dr. Georg Heim beschlagnahmt worden. Es handelt sich in allen Fällen um den Artikel „Undurchführbarkeit oder Stöckung unserer Lebensmittellieferung“. Unter Präventivzensur (Vorlegung vor Ausgabe des Blattes und Aussetzung der beauftragten Stellen in der Presse) wurden gestellt die „Reußische Tribüne“ in Gera, die „Reußische Volkszeitung“ in Greiz, die „Nordhäuser Volkszeitung“, die „Volkszeitung“ in Eisenach, die „Arbeiterzeitung“ in Dortmund. Seit dem Kriegsausbruch unterliegen schon die „Volksstimme“ in Magdeburg, die „Volkswacht“ in Breslau und der „Volksbote“ in Steffen der Präventivzensur. Das „Volksblatt“ in Halle a. S. folgte nach. In diesen Städten besteht zumeist der Belagerungszustand, woraus hervorgeht, daß die Haltung jener Blätter nicht Veranlassung zu der verhängten Maßnahme gegeben hat.

Der verschärfte Kriegszustand ist seit einiger Zeit für das Königreich Sachsen und die drei Hanfländchen angeordnet worden. Es wurde damit dem für Preußen bereits gegebenen Zustande gefolgt. Versammlungen bedürfen danach der behördlichen Genehmigung, auch kann Überwachung und Auflösung angeordnet werden. In allen Fällen haben aber bis jetzt gewerkschaftliche und politische Versammlungen stattfinden können. Dagegen ist die alljährliche große Versammlung des Bundes der Landwirte in Berlin von dem Oberbefehlshaber der Marken verboten worden. Die „Post“ spricht deshalb von einem „überaus bedauerlichen Verbot“ und meint, diese Maßregel werde „in weitesten Kreisen peinliches Befremden erregen“.

Man kann von all diesen Maßnahmen, die gewiß nicht angenehm sind, das eine gewiß sagen: Sie werden unterschiedslos und unparteiisch getroffen.



	Vollbeschäftigte	Misshende	Arbeitslose
Magdeburg	317 (9)	10 (2)	21 (7)
Mannheim	385 (28)	— (—)	13 (2)
Meb	97 (—)	— (—)	14 (—)
Münster	99 (5)	— (—)	5 (1)
Naumburg	31 (2)	5 (—)	11 (2)
Nürnberg	298	2	48
Oldenburg	79 (2)	3 (—)	9 (—)
Regensburg	131 (6)	— (—)	5 (2)
Rudolstadt	30 (6)	4 (2)	14 (3)
Solingen	62 (3)	— (—)	3 (—)
Stettin	179 (1)	1 (1)	4 (13)
Straburg i. El.	215 (8)	6 (2)	33 (4)
Weimar	76 (2)	2 (—)	5 (2)
Würzburg	102 (1)	— (—)	34 (9)
Zittau	59 (7)	— (—)	2 (—)
Zwickau	102 (1)	6 (5)	5 (3)

Außer den Halb- und noch weniger Beschäftigten hatten fast alle Verhältnisse der Arbeitszeit: In Wachen 22 (—), Altenburg 64 (3), Bielefeld 74, Bonn 15 (2), Bremen 40 (16), Dresden 54 (3), Duisburg 15, Düsseldorf 102 (32), Frankfurt a. M. 52, Freiburg i. Br. 42 (—), Hagen 10, Halle a. S. 47 (11), Hannover 107 (—), Heidelberg 26 (1), Heilbronn 30 (—), Karlsruhe 76, Köln 34 (—), Liegnitz 15 (—), Magdeburg 63 (2), Naumburg 72 (—), Nürnberg 22, Solingen 15 (3), Straburg 16 (1), Würzburg 104 (2), Zittau 14, Zwickau 12 (5).

Diese Berichtswoche weist gegen die vorhergehende entschiedene Besserung auf. Die Vollbeschäftigten haben wieder gut zugenommen, bei den Arbeitslosen zeigt sich befriedigende Abnahme. Bei den Ausgehenden ist indes Hamburg mit einer beträchtlichen Zunahme vertreten, wie es diesmal auch den größten Rückgang an Vollbeschäftigten hat.

Als Provokation einer tariffreien Firma ist das nachstehende Inserat in der „Berghisch-Märkischen Zeitung“ aufzuführen:

Wir stellen sofort ein: Maschinemeister, Schriftsetzer (Nachverbändler), Buchbinder. Gebl. Angebote an Weib & Zimmer, G. m. b. H., Geschäftsbücherfabrik, M. Stadbach.

Wir stellen zunächst fest, daß Weib & Zimmer vollständig unten durch sind. Im Juli v. J. hat dort der Guttenbergbund das Feld geräumt, weil die Firma den Tarif nicht anerkennen will. Praktischen Wert kann also die erwähnte Anzeige nur bei den Buchdruckern in der Erscheinung findende Nichtverhältnis haben. Woher ist die in dem Inserat zum Ausdruck kommende Meinung durch als zu verurteilen.

Bedauerlicherweise ist es auch während des Krieges nicht das erstemal, daß Zeitungsverleger in Rheinland-Westfalen Gehilfengehälde von tariffreien Druckereien aufnehmen, obwohl sie selbst der Tarifgemeinschaft angehören. Von der „Berghisch-Märkischen Zeitung“ ist der eine Inhaber sogar Mitglied des Elberfelder Tarifschiedsgerichts. Mit der Aufnahme solcher Anzeigen wird den Gegnern der Tarifgemeinschaft Vorwurf geleistet. Das muß im Kreise II endgültig aufhören. Es stehen heute dagegen Mittel zur Verfügung, die vor dem Kriege nicht so wirksam angewendet werden konnten. Die Konjunktur des Burgfriedens nicht auszunutzen, liegen gar keine Bedenken vor, sofern sich derartige Fälle wiederholen. Dieser Hinweis dürfte genügen.

Wie sich der tariffreie Prinzipal Nasse in Soest aus Arlegs- und Gehilfennot helfen wollte, darüber kurz und erbaulich ein paar Zeilen. Weil Nasse dem Tarife nicht gewogen ist, verließen vor einhalb Jahren seine Gehilfen diese auch jetzt noch tariffreie Druckerei. Tariffreie Gehilfen liegen auch sonst nicht auf der Straße, und in Kriegszeiten sind sie ganz rar geworden. Vor mehreren Wochen brauchte Nasse nun einen Gehilfen wie das liebe Brot. Was tun? Halt, da ist in B. ja eine Firma, die einen damals bei Nasse stehengebliebenen Gehilfen eingeworben hat. Also jetzt sich der tariffreie Nasse hin und schreibt an jene tariffreie Firma, sie dürfe den betreffenden Gehilfen nicht beschäftigen, da er nicht tariffrei sei; sie solle ihn aber wieder zu ihm nach Soest schicken, da er (Nasse) jetzt keine Gehilfen bekommen könne! Außerdem wurde von Nasse auf die Frau des betreffenden Gehilfen eingewirkt, sie solle ihren Mann doch bewegen, wieder zu ihm zurückzukehren. Die wundervolle Nasse'sche Strategie aber verunglückte total, denn der betreffende Gehilfe war nach einer im Tarif vorgesehenen Befragung und der festen Zusicherung, sich so etwas nicht wieder aufschneiden lassen zu lassen, für tariffrei erklärt worden, so daß der anderen Firma in B. kein Vorwurf aus seiner Beschäftigung gemacht werden konnte. Leute vom Schlage Nasses scheinen die wenigen Gehilfen, die ihrem Eigennutz dienstbar sind, als Freiwild zu betrachten. Möge sich solche Berechnung fortan immer als falsch erweisen wie im Soester Falle!

## Die Arbeitslosigkeit

### III. Die Unterstützung der Arbeitslosen.

Untersuchung der Ursachen sowie Erörterung der vorliegenden Abwehr der Arbeitslosigkeit haben uns gezeigt, daß die Arbeiterchaft an diesem krautigen Abel unser Wirtschaftsordnung keine Schuld trägt. Wir haben gesehen, daß die Hauptursachen der Arbeitslosigkeit im Widerspruch der privatkapitalistischen Wirtschaftstendenzen zur Volkswirtschaft im ganzen liegen, und daß die Arbeiterchaft schon seit den ersten Tagen ihres organisatorischen Erwachens stets dahin strebte, nach besten Kräften die Möglichkeiten einer unerschudelten Arbeitslosigkeit zu verhindern. Und soweit dies bis jetzt nicht zu erreichen war, wissen wir ferner aus Erfahrungen am eignen Leibe, daß die Arbeiterorganisationen große finanzielle Lasten auf sich genommen haben, um ihre von der Arbeitslosigkeit betroffenen Mitglieder nach Möglichkeit über Wasser zu halten. Von den harten und opferreichen Kämpfen um einen freieren Ausbau und eine vernünftige Regelung der Arbeitsvermittlung durch die Arbeitsnachweise wollen wir hier ganz absehen. Denn daß auch ein relativ gut und paritätisch ausgedehntes Arbeitsnachweissystem eine den bisherigen wirtschaftlichen Verhältnissen entspringende Arbeitslosennot nicht verhindern kann, wissen wir Buchdrucker jedenfalls zur Genüge. Gewiß ist eine schnell und sicher funktionierende Arbeitsvermittlung eine sehr nützliche Einrichtung, aber nur solange eben Arbeitsgelegenheit vorhanden ist. Wo jedoch diese überhaupt fehlt, da kann auch der beste Arbeitsnachweis nur die Zahl der Stellenbewerber buchen, sie aber nicht austragen. Es kann also bestenfalls dadurch nur die Menge der Arbeitslosen genau festgestellt werden. Damit hört der eigentliche Geschäftskreis des Arbeitsnachweises auf und der der Arbeitslosenunterstützung beginnt. Und wie schon bisher die gewerkschaftlichen Organisationen in allen kritischen Fragen der Arbeiterkassen mit kräftiger Selbsthilfe nicht geögelt haben, so fällt ihnen auch auf diesem Gebiete das Verdienst zu, zuerst und aus eigener Kraft die Leiden dieses krautigen sozialen Abels durch ädhes und harmames Zusammenhalten der mühsam verdienten Arbeitergroßen gelindert zu haben und noch zu lindern, obwohl die Arbeitslosigkeit nur eine Frucht der unglück betriebenen privatwirtschaftlichen Produktion ist und diese daher in erster Linie dafür einzutreten hätte.

Selbstverständlich fehlt auch der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung das Moment des Selbstinteresses nicht vollständig. Denn neben der materiellen Grundlage gezahlter Beiträge, die eine entsprechende Gegenleistung voraussehen, war immer und ist auch heute noch die Idee maßgebend, durch die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung der durch allzu große Arbeitslosigkeit leicht möglichen Bettelerei und ähnlichen Verfallszuständen der Arbeitsverhältnisse entgegenzuwirken. Dieser Zweck liegt aber jedenfalls nur im Interesse einer aufsteigenden Kultur, während die Wirkungen der privatkapitalistischen Wirtschaftsform in der immer größer werdenden Arbeitslosigkeit als kulturfeindliche Wirkungen bezeichnet werden müssen. Da wir in dem vorhergehenden Artikel über die „vorbeugende Abwehr“ gerade in dieser Hinsicht ziemlich deutlich gemeldet sind, so glauben wir hier auf eine noch nähere Begründung dieser Auffassung verzichten zu können. Jedenfalls haben wir aber schon mit der kurzen Andeutung der Beweggründe für eine gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung die Idee getreift, daß hier die Gewerkschaften, soweit es sich um finanzielle Zuschüsse bei unzeitweiliger Arbeitslosigkeit handelt, sich eine Last aufgebürdet haben, wozu sie vom rechtlichen Standpunkt aus gar nicht verpflichtet sind. Diese Aufgabe käme vielmehr jenen Kräften zu, deren Mangelhaftigkeit oder Streben diese unzeitweilige Arbeitslosigkeit verhilubet haben. Und das wäre als Träger und öffentlicher Schlichter der privatkapitalistischen Wirtschaftswelt der Staat, denn genau in dem gleichen Verhältnisse, wie der Staat die Bestimmungen der Arbeiterchaft dem Wunsche privatkapitalistischen Interesses zuliebe in der Vergangenheit zu hemmen bestrebt war, hat er auch die Möglichkeiten für eine Zunahme der unzeitweiligen Arbeitslosigkeit erweitert. An dieser Tatsache wird auch nicht das geringste dadurch geändert, daß der Staat in einzelnen und relativ betrachteten Fällen in vielen Fällen auch den Privatwirtschaftlichen nicht immer entgegenkommt. Aber was ist der Staat, so wie ihn bisher die Arbeiterchaft kennen lernen mußte, anders gewesen als zum größten Teil der Schwächler und Schlichter der privatkapitalistischen Interessen, wo es sich um eine Begrenzung und Zurückhaltung der Arbeiterbestrebungen handelte? Er war dies deshalb, weil eben die ausführenden Organe der Staatsgewalt zum großen Teil selbst nur Flicht und Geist vom Geist und Leben der privatkapitalistischen Interessen sind. Nur darum war es möglich, daß es so außerordentlich großer Anstrengungen bedurfte, um die Widerstände gegen einen Anfang und einen Ausbau fortschrittlicher sozialer Gesetzgebung und Rücksicht auf einen stärkeren Arbeiterschutz und eine wirksamere Arbeiterversicherung zu überwinden; was aber leider auch heute noch nicht ganz gelungen ist. Trotzdem lassen wir aber den Mut nicht sinken. Denn gerade die jetzige furchtbare Prüfungszeit für das deutsche Volk hat es klar zutage treten lassen, wo in Wirklichkeit jene Kräfte und Bestrebungen sind, denen der Staat und das Vaterland Nebenbade, dagegen das eigne Ich hauptsächlich sind. Mit geradezu idealer Selbstverleumdung sind alle maßgebenden deutschen Gewerkschaften entschlossen, alle Kräfte dafür einzusetzen, um die Not des Krieges für ihre Mitglieder zu lindern, und sei es selbst auf die Gefahr hin, nach dem Kriege wieder von vorn anfangen zu müssen. Und das ist die Feuerprobe für den Kultur- und Volks-

geist, der in den deutschen Arbeitern steckt; erweckt, genährt und befruchtet durch die gewerkschaftliche Erziehungsarbeit in unermüdlicher Kleinarbeit in der verhältnismäßig knappen Zeit eines halben Jahrhunderts. Alle Unterdrückungsveruche und Verfolgungen, selbst die größten wirtschaftlichen Schläge in Missperrungen und Streiks haben diesen Kulturgeist der deutschen Arbeiter nicht töten können. Und jetzt in den schwersten Schicksalsstunden des deutschen Volkes zeigt sich dieser Geist als Grundlage des Festens, an dem die gefährlichste Wogen des Weltkrieges ihre Kraft zerbrechen werden.

Aus all dem ergibt sich die berechtigte Forderung, daß die freien Gewerkschaften ein moralisches Recht darauf haben, von den Vätern der unzeitweiligen Arbeitslosigkeit endlich befreit zu werden, und zwar durch rechtliche Anerkennung dieser Schuld als einer solchen der Allgemeinheit durch die Einführung der staatlichen Arbeitslosenversicherung. In welcher Form dies geschehen sollte oder könnte, wollen wir im einzelnen hier nicht erörtern. Es gibt der Formen und Vorbilder schon eine ganze Reihe. Und es sind in der gesamten Arbeiterpresse wie auf mehreren Gewerkschaftskongressen schon mancherlei sehr brauchbare und vor allem auch durchführbare Einzelvorschlüge erörtert worden. Insbesondere hat die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands schon vor längerer Zeit eine ausführliche Denkschrift über „Die Arbeitslosenunterstützung im Reich, Staat und Gemeinde“ (2. Auflage 1914) für alle in Frage kommenden gelebenden Körperchaften herausgegeben, in der all das niedergelegt ist, was auch zum größten Teil unserer Auffassung in der vorliegenden Frage entspricht. Wir können uns daher eine Erörterung der verschiedenen Systeme ersparen und wollen nur betonen, daß nicht nur von den Gewerkschaften, sondern mehr und mehr auch von vielen objektiven Sozialpolitikern die Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung warm bestritten wird. Und erfreulicherweise sind auch auf diesem Gebiete schon einige Erfolge zu verzeichnen. Soweit die staatliche Arbeitslosenversicherung in Frage kommt, trifft das allerdings nur für das Ausland zu, und zwar für England, Dänemark und Norwegen. In Deutschland waren die Widerstände aus Unternehmertreuen und damit auch der ihnen nahe liegenden politischen Parteien bisher immer noch zu groß, um die Reichsregierung zur Vorlage einer entsprechenden Gesetzesvorlage zu veranlassen. Erst die furchtbare Katastrophe des Weltkrieges hat es zustande gebracht, daß auch in dieser Frage die stärkste Kraft des Widerstandes gebrochen zu werden scheint. Und so haben denn auch die Verhandlungen des Reichstages und seiner freien Kommission vom 1. und 2. Dezember einen beachtenswerten Fortschritt auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung durch das Reich gebracht. Ein Betrag bis zu 200 Millionen Mark, die nach näheren Bestimmungen des Bundesrates von Reichs wegen zur Verfügung gestellt werden, soll nämlich insbesondere die Arbeitslosenversicherung der Gemeinden neben sonstigen Maßnahmen auf dem Gebiete der Kriegswirtschaftspflege erleichtern helfen. „Auch von den Landtagen einzelner Bundesstaaten sind Mittel für den gleichen Zweck zur Verfügung gestellt, so daß die Gemeinden, die bisher mit Rücksicht auf ihre unangünstige Finanzlage die Arbeitslosenversicherung ablehnten, einen solchen Ablehnungsgrund heute nicht mehr haben“, wie es in einem unsern Lesern früher schon bekanntgegebenen Aufruf der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands heißt. Es wird zwar in besonderen Richtlinien, die im Verlaufe wiederholter Verhandlungen zwischen Vertretern der gewerkschaftlichen Generalkommission und dem Reichsanrat des Innern aufgestellt wurden, noch betont, daß von einer für das ganze Reich geltenden Arbeitslosenversicherung abgesehen wird; doch dürfte das nach Lage der Sache mehr auf verwaltungstechnische als auf prinzipielle Sündenröße zurückzuführen sein. Die Hauptsache ist, daß zum erstenmal auch von der Reichsregierung die finanzielle Unterstützung der Arbeitslosen als notwendig und als Pflicht des Reiches anerkannt wurde. Von da zur geregelteren und einheitlicheren Verteilung dieser wirtschaftlichen Last auf reichsgesellschaftlicher Basis ist kein allzu großer Schritt. Die gegenwärtige Zeit ist nun aber nicht geeignet, alle die besonderen Umstände öffentlich zu erörtern, die diesen Schritt unmittelbar herbeiführen könnten. Außerdem ist es sehr wahrscheinlich, daß die weitere Entwicklung, besonders die jedenfalls kaum zu vermeidenden Schwierigkeiten, die sich aus dem gegenwärtigen Halbunvollständigen Zustand auf diesem Gebiet ergeben, von selbst nicht wenig dazu beitragen werden, eine reichsgesellschaftliche Regelung als die beste Lösung allgemeiner erkennen zu lassen.

Wir müssen uns daher vorläufig damit begnügen, festzustellen, in welchem Umfang die Arbeitslosenversicherung von den Gemeinden zu verzeichnen ist. In dieser Richtung geben nun die Resultate einer unfasten Erhebung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ziemlich genauen Aufschluß über den Stand der Dinge Ende September v. J. nach Berichten von rund 800 Gewerkschaftskartellen. Es haben danach von 3740 Gemeinden und Städten Deutschlands nur 301 oder 8,0 Proz. in irgendeiner Form etwas für die Arbeitslosen getan. Aber 126 Gemeinden wurde berichtet, daß in ihnen keine oder nur wenig Arbeitslose vorhanden sind. Von den erwähnten 301 Gemeinden gewähren 106 nur gelegentlich eine Unterstützung, einen Mutzuschuß oder Naturalien. Die Großstädte Bremen, Breslau, Erfurt und Stettin sind zu jenen zu zählen, deren Erwerbsloseneihilfe der moralisch niederdrückenden Armenunterstützung ziemlich nahe kommt. Andre Großstädte, wie Wachen, Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Kiel, Kölsberg und Magdeburg, haben sich aber nicht einmal zu dieser primitivsten Erleichterung der Arbeitslosennot aufschwingen können. In 136 Gemeinden war die Arbeitslosenunterstützung nach bestimmten Sätzen



# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Eingelnummern 5 Pfennig das Exemplar, jedoch mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 8 — Leipzig, den 21. Januar 1915

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweils nächsten Nummer.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

werbefreie zu verwenden, in welchem dieselben um größere Überweisung von Druckaufträgen gebeten werden sollen. In der größten Druckerei am Ort ist leider auch die Arbeitslosigkeit am größten. Gleich nach Ausbruch des Krieges wurden sämtliche ledige Kollegen entlassen, und die verheirateten mußten in der Weise ausziehen, daß sie eine Woche arbeitslos und zwei Wochen feierten. Dies ging bis Anfang November, dann wurden etwa vier Wochen lang alle beschäftigt, seitdem wird nur noch eine Woche ausgeführt. Darüber wird weniger geklagt, weil wirklich wenig Arbeit vorhanden ist. Daß aber in dieser Druckerei die beiden Faktoren, die in Friedenszeiten fast nie technisch mitgearbeitet haben, jetzt während des Krieges die wenige Arbeit noch durch eifriges Mitarbeiten verringern, hat schon oft den berechtigten Anmut der Ausziehenden erregt. Auch könnten die Wehrleute in dieser für die Gehilfen schweren Zeit wohl manchmal mit andern Arbeiten zu ihrer besseren Ausbildung beschäftigt werden, anstatt daß diese immer voll beschäftigt sind, während die zum größten Teil schon lange Jahre dem Geschäft angehörenden Gehilfen ausziehen müssen.

**Waldenburg i. Schel. (Bierjahresbericht.)** Die außerordentliche Generalversammlung des Ortsvereins, welcher Gauvorsteher Fiedler und Kollegen aus Gottesberg bewohnten, erfreute sich eines guten Besuchs. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende bekannt, daß zwei frühere Mitglieder des Ortsvereins den Heldentod erlitten: der Schweizerdegen Bruno Hein und der Drucker Wilhelm Müller. Die Veramtlung ehrte deren Andenken in üblicher Weise. Kollege Fiedler schilderte ausführlich die Lage des Wirtschaftslebens seit Beginn des Weltkrieges und die großen Anforderungen, die an den Verband gestellt werden. Er ermahnte die Kollegen, die Ausgesteuerten soweit als möglich zu unterstützen, und legte des weitern die Gründe dar, die gegen eine Gewährung von Familien- und Sterbeunterstützung aus der Verbandskasse an die Angehörigen der im Felde stehenden Kollegen sprechen. Der Vorsitzende teilte mit, daß von der durch Ertrabeiträge aufgebrachtene Summe die Frauen und auch die Kinder der in Kriegsdiensten stehenden Kollegen im Bezirke bestimmte monatliche Unterstützungen erhalten. Einige Mitgliedskassen leisten keinen Ertrabeitrag, sondern unterstützen ihre am Orte befindlichen Kriegerfamilien selbst. Ein Zirkular des Gauvorstandes, das sich mit den Fragen des Ausziehens, der gerechten Gewährung der Unterstützung und der Beitragsleistung befaßt, wurde zur Kenntnis gebracht. Das Verhältnis der Mitglieder, die zurzeit in andern Berufen tätig sind, zum Verbandsbeitrag wurde in eingehender Besprechung. Einem Wünsche, die Kollegen des Bezirkes, die zum Militär eingezogen sind, auf Rechnung der Bezirkskasse in die Kriegesversicherung der „Volksfürsorge“ aufzunehmen, konnte der hohen Kosten wegen nicht entprochen werden. Die Mitglieder wurden ermahnt, ihren Verpflichtungen der Organisation gegenüber pünktlich nachzukommen und fähige Mitarbeiter zu leisten. Die anregend verlaufene Versammlung wurde mit einem Koch auf den Verband geschlossen. — Die Versammlung vom 28. November ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken der zahlreichen Kollegen, die ihr Leben für das Vaterland gelassen haben. Der Kassierer erstattete den Kassenbericht der Ortsvereinskasse für das dritte Quartal, wofür ihm Decharge erteilt wurde. Der Kartellbericht gelangte zur Bekanntheit; daraus war zu entnehmen, daß die Bemühungen um Einführung der Arbeitslosenunterstützung durch die Gemeindeförderung erfolglos blieben. Zu dem von der Verbands- und Gaukasse bewilligten Beiträge zur Unterstützung für die Ausgesteuerten wurde ein Zuschuß aus der Bezirkskasse gewährt. Jeder Ausgesteuerte, der keine Nebenbeschäftigung hat, erhielt demnach zu Weihnachten eine einmalige Unterstützung von 20 Mk. Die den Angehörigen der im Felde stehenden Kollegen gewährte monatliche Unterstützung wurde für den Monat Dezember auf das Doppelte erhöht und zu Weihnachten ausgezahlt. Zur Mitteilung gelangte, daß Kollege Polsocek als vermißt gemeldet wurde und wahrscheinlich in russische Gefangenschaft geraten ist. — Am 20. Dezember beging der Ortsverein unter zahlreicher Beteiligung seiner Mitglieder und deren Angehöriger die übliche Weihnachtsfeier. Sie wurde durch Musikvortrüge und Männerchöre eingeleitet. Nach einer zeitgemäßen Ansprache des Vorsitzenden und dem Vortrage eines Prologs erhielten über 50 Kinder entsprechende Geschenke. Eine Buchdruckerwitwe wurde durch einen Geldbetrag und die übliche Gaben erfreut.

**Schöffenauslosung.** Für das laufende Jahr wurden folgende Mitglieder unserer Organisation als Schöffen ausgelost: Bernhard Rauche in Berlin und Adolf Holzhäuser in Wiesbaden.

**Zeitungskaffin der deutschen Reichspost.** Wie der „Zeitungsvorlag“ berichtet, gestaltete sich der Eingang an Zeitungsnummern im deutschen Reichspostgebiete sowie in Bayern und Württemberg in den Jahren 1906—1912 in Millionen Stück wie folgt:

Reichspostgebiet	Bayern	Württemberg
1906:	1437,4	85,8
1908:	1605,3	99,8
1910:	1077,9	106,0
1912:	1926,2	113,2

Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen:

1906:	27,5	37,1	37,0
1908:	29,9	35,1	42,1
1910:	32,2	37,4	43,7
1912:	34,0	39,2	45,7

Für das Deutsche Reich zusammen ergeben sich:

Zeitungsnummern Millionenstück	Auf den Kopf der Bevölkerung	
1906:	1766,9	28,9
1908:	1940,5	30,9
1910:	2140,2	33,1
1912:	2313,2	35,0

**Kleingartenbau und Krieg.** Auf eine Eingabe des Deutschen Vereins für Wohnungsreform in Frankfurt a. M. um Bereitstellung von fiskallichem Gelände, Bewilligung von Geldmitteln und Schaffung einer Organisation zur planmäßigen Förderung des Kleingartenwesens während der Kriegszeit hat der preussische Eisenbahnminister die Eisenbahndirektionen in einem Erlaß angewiesen, die Vorschläge des Vereins in weitestem Maße zu fördern. Mit Hilfe der Dienststellenvorsteher und der Eisenbahnvereine sollen sofort die zum Kleingartenbau geeigneten Ländereien als Gartenbauland vermerkt werden. Außerdem ist auf diesen Grundstücken der Kleintierzucht, vor allem der Fühnerzucht, größte Sorgfalt zu widmen. Der Minister fordert bis zum 1. April d. J. Berichte darüber, inwieweit seinen Anweisungen entprochen wurde.

**Ursachen der Steigerung der Fleischpreise.** Zur nächtlichen Zeit, da der preussische Landwirtschaftsminister auf das übermäßige Angebot am Schlachtviehmarkt aufmerksam macht, beginnen an verschiedenen Plätzen, so vor allem in Berlin, die Fleischpreise steigende Richtung einzuschlagen. Daß die Hersteller, Verarbeiter und Händler für ihre Preissteigerungen in gegenwärtiger Zeit um Gründe nicht verlegen sind, das hat man jetzt schon zur Genüge kennen gelernt. Warum sollen nicht auch Gründe vorhanden sein, die zu einer Steigerung der Fleischpreise und der Preise für Wurstwaren veranlassen könnten! Zwar an den Schlachtviehmärkten ist der Verkehr oft matt, ein Teil des Auftriebes bleibt un verkauft, aber das beeinträchtigt das Streben nach höheren Fleischpreisen nicht in der geringsten Weise. Die Willenslosigkeit und Hilflosigkeit des konsumierenden Publikums hat sich schon bisher allen Preissteigerungen gegenüber so groß gezeigt, daß man im voraus der günstigen Wirkung einer Verteuerung für die Verkäufer gewiß ist, sobald es sich um eine für den Lebensunterhalt notwendige Ware handelt. Was auf diesem Gebiete der Krieg bereits alles gezeigt hat, das übersteigt alle in Friedenszeiten gebildeten Begriffe. Als die Frauenwelt für ihre Feldgrauen wärmende Wollachen kritische und eine starke Nachfrage nach Wolle einsetzte, da stieg der Preis für Wolle nicht nur in einer nie dagewesenen Weise, es blieb auch sehr bald, daß Wolllang fast schon nicht mehr aufzutreiben sei. Und in der Tat wurde Strichwolle an manchen Plätzen sehr selten. Nachdem der Sturm auf Wolllang sich gelegt hat, ist es, auf einmal wieder reichlicher vorhanden, die Preise sind gewichen und große Quantitäten liegen zum sofortigen Verkauf vorrätig da. Die hitzige Spekulation, die in Friedenszeiten mehr auf die Effektenbörse beschränkt ist, wuchert in Kriegszeiten vor allem auf dem Warenmarkt und ergreift alle Schichten der erwerbstätigen Bevölkerung um so mehr, je größer die Unkenntnis über den Umfang von Angebot und Nachfrage sowie über den Bedarf einer Ware ist. Da diese Unkenntnis in der Tat sehr groß ist, so ist für Preisstreiberer der Boden äußerst günstig. Reagiert doch das konsumierende Publikum auf diese Preisstreiberer nicht anders als durch Klagen und Entrüstungen, selten aber durch eine Einschränkung im Konsum, wie man angesichts der Preissteigerungen erwarten sollte. Wenn die Schlächter bei der jetzigen Marktlage ihre höheren Preise durchzusetzen vermögen, so ist das zunächst noch ein Zeichen dafür, daß das Publikum den Fleischkonsum noch nicht nennenswert einschränken braucht. Andernfalls würde diese Einschränkung zu einer Verrückung des Woffweberes unter den Schlächtern und dadurch zu einem Druck auf die höheren Preise führen, so daß diese sich nicht halten könnten. Die freie Preisbildung hat gegenüber der Preisfestlegung unter den heutigen Verhältnissen sicherlich ihre großen Vorzüge. Die Festlegung von Getreidehöchstpreisen, die erst als zu hoch beanstandet worden sind, hat zu einer merk-

baren Abnahme des Konsums nicht geführt, so daß schon heute von mancher Seite, und nicht nur von Interessenten, wesentlich höhere Höchstpreise gefordert werden, um das konsumierende Publikum einermahnen zur Sparlichkeit anzuhalten. Aus eigener Initiative schränkt aber das Publikum in seiner Gesamtheit den Verbrauch nicht ein. Nur wenn infolge steigender Warenpreise das Einkommen an Kaufkraft verliert, wird sparsamer gewirtschaftet, aber zunächst nicht im Essen und Trinken, sondern in der Kleidung und Wohnung. Mit dieser Erfahrungssache muß man rechnen, und die geschäftliche Praxis rechnet auch mit ihr, so z. B. gegenwärtig die Schlächter, die höhere Fleischpreise durchzusetzen suchen, obwohl am Markte für Schlachtvieh ein recht ausgiebiges Angebot vorhanden ist, das auf dem Schweinemarkte so reichlich ist, daß der preussische Landwirtschaftsminister dringend zur Herstellung von Dauerwaren aller Art mahnt. Wenn so schon jetzt die Fleischpreise durchzusetzen suchen, obwohl am Markte für Schlachtvieh ein recht ausgiebiges Angebot vorhanden ist, das auf dem Schweinemarkte so reichlich ist, daß der preussische Landwirtschaftsminister dringend zur Herstellung von Dauerwaren aller Art mahnt. Wenn so schon jetzt die Fleischpreise durchzusetzen suchen, obwohl am Markte für Schlachtvieh ein recht ausgiebiges Angebot vorhanden ist, das auf dem Schweinemarkte so reichlich ist, daß der preussische Landwirtschaftsminister dringend zur Herstellung von Dauerwaren aller Art mahnt. Wenn so schon jetzt die Fleischpreise durchzusetzen suchen, obwohl am Markte für Schlachtvieh ein recht ausgiebiges Angebot vorhanden ist, das auf dem Schweinemarkte so reichlich ist, daß der preussische Landwirtschaftsminister dringend zur Herstellung von Dauerwaren aller Art mahnt.

**Grundzüge für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen.** Das Reichsamt des Innern hat vor kurzem mit Zustimmung des preussischen Kriegsministeriums einheitliche Grundzüge für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen aufgestellt, die hauptsächlich den Zweck verfolgen, einzelnen Unternehmern keinen ungerechtfertigten Gewinn zu bieten, und sie davon abzuhalten, Kriegsgefangene deutschen Arbeitern vorzuziehen, damit nicht die Arbeitslosigkeit noch größer wird. Für Kriegsgefangene als ungelernete Arbeiter wird daher zunächst der volle ortsübliche Tagelohn berechnet. Aber die Einhaltung dieser Bestimmung hat die Reichszentrale für Arbeitsnachweise zu machen, insbesondere auch darüber, daß die Lage des Arbeitsmarktes durch die Arbeit von Kriegsgefangenen nicht verschlechtert wird. Für gelernete Arbeiter ist jedoch der Lohn zu zahlen, den ein entsprechender deutscher Arbeiter in diesem Beruf an dem betreffenden Ort und der in Frage kommenden Arbeit im Tage- oder Stücklohn verdient. In Zweifelsfällen soll der Lohnsatz für gelernete Kriegsgefangenenarbeit um die Hälfte höher sein, als der ortsübliche Tagelohn. Die Verrechnung der Löhne für die Kriegsgefangenen erfolgt nur durch die Seeresverwaltung. Aber die Beschäftigung von Kriegsgefangenen gelten im allgemeinen noch folgende Grundzüge: Von vornherein ist der größte Wert darauf gelegt worden, eine nutzbringende Verwendung der Kriegsgefangenen zu erreichen, ohne daß dadurch eine Beschränkung der Arbeitsmöglichkeiten der einheimischen Arbeitslosen eintritt. Zu diesem Zwecke sind zahlreiche — kauffähige und gemeinnützigen Zwecken dienende — Arbeiten für die Gefangenen vorgesehen. Teils sind sie schon längst im Gange, teils noch in Vorbereitung; an vielen Stellen, die nicht nahe genug bei den großen Gefangenenlagern liegen, werden besonders kleinere Lager eigens hierfür errichtet, wodurch naturgemäß einige Zeit bis zum Beginne der Arbeiten vergeht. Die Arbeiter erstrecken sich hauptsächlich auf die Kultivierung von Mooren und Südländereien in den Provinzen Hannover, Schleswig-Holstein und Brandenburg und auf Meliorationen in verschiedenen Provinzen, wodurch eine Vergrößerung der Anbaufläche und eine Erhöhung der Ernteerträge erreicht werden soll. Weitere nutzbringende Verwendung der Kriegsgefangenen erfolgt bei der Regulierung unserer Flüsse und beim Ausbau der Wasserstraßen, beim Eisenbahn- und Wegebau. Von besonderer Bedeutung war die Hilfe, die ein großer Teil der Gefangenen, namentlich in den östlichen Provinzen (zuletzt bis über 10000), der Landwirtschaft bei der Einbringung der Sachfrüchtere geleistet hat. Nachdem der Arbeitsmarkt sich für die Arbeitslosen erheblich gebessert hat, erfolgt zurzeit auch schon eine Verwendung der Kriegsgefangenen zur Ausbesserung in der Industrie und in gewerblichen Betrieben. Keinem Gesicht auf Überlassung von Kriegsgefangenen zu Arbeitern wird aber entprochen, ohne daß sich die zuständigen Zivilverwaltungsbehörden, in letzter Linie die Reichszentrale der Arbeitsnachweise, davon überzeugt haben, daß für die betreffenden Arbeiten keine einheimischen Arbeitslosen vorhanden sind. Daß in dieser Beziehung durchaus streng verfahren wird, beweisen am besten die mancherlei Klagen und Beschwerden darüber, daß die Seeresverwaltung mit der Überlassung von Kriegsgefangenen nicht entgegenkommend genug sei. Vieles hat das aber auch seinen Grund darin, daß es sich um Arbeitsgelegenheiten handelt, zu denen Kriegsgefangene natürlicherweise nicht herangezogen werden können, zum Beispiel, weil sie nicht abgefordert oder nicht genügend bewacht werden können. Soweit die Kriegsgefangenen nicht zur Außenarbeit herangezogen werden, findet sich ausgedehnte Verwendung für sie in den Lagern selbst, bei deren Errichtung und auf den Truppenübungsplätzen, bei Instandhaltung der Wege und im Wirtschaftsbetrieb. Aus allem dürfte somit hervorgehen, daß für die Kriegsgefangenen reichliche Arbeitsgelegenheit gefunden ist.

## Rundschau

**Von Buchdruckern im Kriege.** Für vorbildliche Tapferkeit und Mithierleistung im Kriegsdienst erhielten folgende Mitglieder unserer Organisation das Eisener Kreuz: Albert Dietrich (Leipzig), Wilhelm Güttges (M. Gladbach), Ernst Dadecke, Erich Wehler und Otto Senff (Potsdam) sowie Heinrich Möding (Stegen). Damit haben bis jetzt 351 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erworben.

